In den Hinweisen vom 2. August hatten wir auf einen Artikel der FAZ hingewiesen. Hier der Hinweis mit Kommentar und hier der Link auf den FAZ-Artikel über „Die neue Macht der Fondsgesellschaften“. Seit der Lektüre dieses Artikels treibt mich eine Vermutung um. Es wäre hilfreich, NachDenkSeiten-Leserinnen und -Leser und darunter gerade solche, die in der deutschen Wirtschaft tätig sind, würden ihre praktischen Erfahrungen mit dieser Vermutung konfrontieren: Die Beobachtung der beiden Autoren des FAZ Artikels, beides Ökonomen: US-amerikanische Fonds bestimmen die Preispolitik deutscher Unternehmen und sie versuchen dabei, Preiswettbewerb auszuschalten. Meine ergänzende Vermutung lautet: wenn zum Beispiel Blackrock schon die Preise deutscher Unternehmen mitbestimmt, dann doch wahrscheinlich noch mehr die Politik der von den Fonds mit beherrschten Unternehmen. **Albrecht Müller**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

http://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/160808_Verschwoerungstheorie_fuers_Wochenende_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Absprachen zur Preispolitik: Die Axt am Stamm der Marktwirtschaft

Unter der Überschrift „Die neue Macht der Fondsgesellschaften“ hatten die Ökonomen von ihren Forschungen berichtet: einige, meist amerikanische Fondsgesellschaften erhöhten ihre Anteile an zahlreichen Unternehmen und erlangten so – nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit – Einfluss auf das strategische Verhalten in wichtigen Märkten. In Deutschland sei Blackrock der größte Anteilseigner von mehr als einem Drittel der 30 Daxkonzerne – von Adidas, Allianz, BASF, Bayer, der Deutschen Börse, Siemens usw.. Letztlich werde dadurch der Preiswettbewerb zwischen den Unternehmen berührt, er funktioniere nicht mehr richtig. Es komme „gewissermaßen automatisch zum Marktversagen“. Man kann diese Entwicklung so wie die beiden Forscher als einen Anschlag auf die Marktwirtschaft sehen und nach den Regulierungsbehörden rufen.

Einfluss nur auf die Preispolitik der deutschen Unternehmen?

In der Tat geht die im FAZ Artikel skizzierte Beobachtung an die Substanz der allgemein

üblichen Vorstellung vom Funktionieren der Märkte. Wenn Preise abgesprochen werden, dann fällt die marktwirtschaftliche Theorie über weite Strecken in sich zusammen.

Aber ist das wirklich alles? Der Einfluss der Fondsgesellschaften kann weit darüber hinaus eingesetzt werden, zum Beispiel:

a. zur Durchsetzung von politischen Entscheidungen zu Gunsten der Fondsgesellschaften und des vermögenden Teils der westlichen Gesellschaft,
b. zur Durchsetzung von Interessen der USA und
c. zur Unterstützung ihrer Politik in anderen Ländern und gegenüber anderen Ländern.

Einfluss auf die politischen Entscheidungen zugunsten der Fondsgesellschaften und großer Kapitaleigner

Bis heute ist es für aufmerksame Beobachter der Zeitgeschichte ein Rätsel, warum die Regierung Schröder/Fischer/Eichel//Clément zum 1.1.2002 die Gewinne beim Verkauf von Unternehmen und Unternehmensteilen von der üblichen, bei Realisierung von Vermögenszuwächsen – gleich Gewinnen – fälligen Steuer befreit hat. Damals hieß es, das diene dem Zweck zur Auflösung der Deutschland AG. Das klang ganz schön – sogar in den Ohren von kritischen Zeitgenossen. Tatsächlich hat es den Ausverkauf vieler deutscher Unternehmen forciert und für die Beschäftigten oft extreme zusätzliche Belastungen gebracht. Die verkauften Betriebe (Märklin, Boss etc.) wurden oft mit den Schulden der Käufer belastet, Sozialleistungen wurden gekürzt, Arbeitnehmerrechte entwertet.

Die Profiteure dieser Entscheidung waren die verkaufenden Kapitaleigner und die Kaufenden, also Hedgefonds und Fondsgesellschaften. Bis heute rührt keine politische Partei mit Einfluss auf die politischen Entscheidungen an diesem verteilungspolitisch und strukturpolitisch skandalösen Vorgang.

Die Fondsgesellschaften im Dienste des Imperiums?

Die Fonds nehmen mit Sicherheit nicht nur Einfluss auf die Preise der weltweit verstreuten Unternehmen, an denen sie oft nur mit minimalen Anteilen, aber mit hohem Einfluss beteiligt sind. Sie beeinflussen Personalentscheidungen. Sie beeinflussen vermutlich auch die Haltung der Unternehmen und möglicherweise auch der Verbände auf große politische Entscheidungen. Wie zum Beispiel auf die Haltung zu den von den USA gegenüber Russland und dem Iran verordneten Sanktionen. Oder zum Beispiel auf die Haltung der deutschen Unternehmen und der Wirtschaft zu den Freihandelsabkommen.

Es ist jedenfalls sehr erstaunlich, wie leise die Stimmen der deutschen Unternehmensleitungen gegenüber den Sanktionen geworden sind, obwohl die von ihnen geführten Unternehmen unter diesen Sanktionen in besonderer Weise zu leiden haben.

Es ist erstaunlich, dass große deutsche Unternehmen und auch die von ihnen getragenen Verbände, zum Beispiel der BDI, ohne Abstriche für CETA und TTIP eintreten. Die Vermutung liegt nahe: die großen Eigner der großen deutschen Unternehmen, die US-Fondsgesellschaften, nehmen auch Einfluss auf die Meinung der deutschen Unternehmensleitungen zu wichtigen politischen Fragen wie etwa zur Steuerpolitik und zu den Freihandelsabkommen. Das liegt ausgesprochen nahe.

Die US-Finanzwirtschaft ist eng mit der US-Politik verbunden

Das gilt nicht nur für die Republikaner, sondern auch gerade für die Demokraten und für Hillary Clinton in besonderer Weise. Wir haben von den hohen Honoraren für die Clintons und von der Wahlkampffinanzierung aus Kreisen der Finanzwirtschaft erfahren. Es gibt Gerüchte, wonach der Chef von Blackrock auf das Amt des Finanzministers bei Hillary Clinton spekuliert. Siehe hier. Selbst wenn das nur ein Gerücht wäre, die Nähe von Bill und Hillary Clinton zur Finanzwirtschaft ist offensichtlich. Und es ist auch offensichtlich, dass die US-Regierung die finanzwirtschaftliche und die wirtschaftspolitische Entwicklung in anderen Ländern für ihre Außen- und Sicherheitspolitik einsetzt.

Wir erinnern an Mister Glaser. Kurz in der Öffentlichkeit und dann wieder weg.

Eklatantes Beispiel dafür sind die Aktivitäten einer Sondergruppe von über 700 Personen im US-amerikanischen Finanzministerium, die Einfluss auf die Finanzmärkte in der Welt und in anderen Ländern zu nehmen versucht. „Die Zeit“, sogar „Die Zeit“ könnte man sagen, hat am 23. Oktober 2014 darüber berichtet. Dort hieß es: „Die Superwaffe des Mr. Glaser. Sanktionen gegen Russland und den Iran: Wie amerikanische Finanzbeamte zu Wirtschaftskriegern werden.“

Wenn der US-Präsident solche Apparate aufbauen lässt und diese nachweisbar nutzt, dann liegt es ausgesprochen nahe, dass die kurzen Drähte zur US-Finanzwirtschaft auch genutzt werden, um amerikanische Interessen und die Interessen des US-Imperiums auch über ausländische Unternehmen und an vielen Stellen der Welt durchzusetzen. So auch bei deutschen Unternehmen.

Wer so aggressiv auftritt, wie dieser Auftritt des US-Generals John Allen beim Nominierungskongress der Demokraten zeigt, der nutzt auch die sanfteren Methoden der

Einflussnahme über wirtschaftliche Verflechtungen.

Die Vermutung einer massiven Verschwörung zulasten anderer Völker ist keine Theorie. Sie hat eine bedrohliche Realität erreicht. Deshalb dieser Beitrag zum Wochenende. Wenn Leserinnen und Leser der NachDenkSeiten in ihrem eigenen Bereich, in ihrem eigenen Unternehmen und Beruf Erfahrungen machen, die die skizzierten Vermutungen bestätigen oder widerlegen, dann würde eine kurze Notiz an unsere Redaktionsadresse (Redaktion(at)NachDenkSeiten.de) dankend angenommen. Wenn wir dann nicht darauf antworten, dann ist das kein böser Wille, sondern das Zeichen für eine permanente Überlastung der Redaktion. Bei dieser Gelegenheit ein Dankeschön dafür, dass viele von Ihnen Verständnis dafür haben und unsere mangelhafte Reaktion nicht als Unhöflichkeit betrachten.